

**Niederschrift der 42. Ratssitzung vom 13.12.2018**

**Ort:** Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526  
Sangerhausen

**Tag:** 13.12.2018

**Beginn:** 16:00 Uhr

**Ende:** 20:36 Uhr

**Anwesenheit:** Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 23 Stadträte

Herr Holger Scholz CDU  
Frau Regina Stahlhacke CDU  
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Holger Hüttel DIE LINKE.  
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.  
Herr Günter Prause DIE LINKE.  
Herr Axel Sell DIE LINKE.  
Frau Karoline Spröte DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm B.I.S. / FBM  
Frau Doreen Lehnertz B.I.S. / FBM  
Frau Gesine Liesong B.I.S. / FBM  
Herr Klaus Peche B.I.S. / FBM  
Herr Raik Polster B.I.S. / FBM  
Herr André Reick B.I.S. / FBM

Herr Volker Kinne BOS  
Herr Helmut Schmidt BOS  
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Frau Christine Block SPD / DIE GRÜNEN  
Herr Arndt Kemesies SPD / DIE GRÜNEN

Herr Harald Oster FDP  
Herr Mario Milde FDP  
Frau Antje Rödiger FDP

Herr Harald Koch fraktionslos

**entschuldigt fehlten:** Herr Thomas Klaube CDU  
Herr Udo Lucas CDU  
Frau Regine Römmisch CDU

Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Frank Schmiedel	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Siegmund Hecker	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN

**verspätet erschienen:** - - -

<b>vorzeitiges Verlassen:</b>	Herr Günter Prause	DIE LINKE.	17:55 Uhr
	Herr Holger Scholz	CDU	18:44 Uhr
	Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM	18:52 Uhr
	Herr André Reick	B.I.S. / FBM	18:52 Uhr

**sachkundige Einwohner:**

- Herr Heiko Blesse
- Herr Alexander Dobert
- Herr Peter Dietrich
- Herr Uwe Görlich
- Frau Ulrike Lange
- Herr Ralph Kujawski
- Herr Ulrich Mannheim
- Herr Mario Pastrik
- Frau Iris Reiche
- Frau Katrin Scheffel
- Herr Frank Hans Schulze
- Herr Ringo Siebert

**Ortsbürgermeister:** Herr Tim Schultze OT Wettelrode

**stellv. Ortsbürgermeister:** Herr Helmut Hahnas OT Obersdorf  
Frau Sandra Biedermann OT Horla

**Stadtverwaltung:**

Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Finanz-und Personalverwaltung
Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice
Frau Karin Schiller	SB Referat Organisation und Wahlen
Frau Sabrina Klausner	SB Referat Organisation und Wahlen
Frau Annette Brenneiser	Referat Organisation und Wahlen
Frau Ines Auer	Fachdienstleiterin Grundstücksverkehr
Frau Maria Diebes	SB Fachdienst Stadtplanung

**Tagungsleitung:** Herr Arndt Kemesies stellv. Vorsitzender des Stadtrates

**Tagesordnung gemäß Einladung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
  - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 40. Ratssitzung vom 27.09.2018
  - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 41. Ratssitzung vom 08.11.2018  
*(wird nachgereicht)*
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
  - 6.1 Berufung des Ortswehrlleiters und des stellv. Ortswehrlleiters der Ortsfeuerwehr Wettelrode innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
  - 6.2 Durchführung einer Bürgerbefragung zur Einführung des Ortschaftsrechts in der Kernstadt Sangerhausen
  - 6.3 3. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen
  - 6.4 1. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den Ortsteil Grillenberg der Stadt Sangerhausen
  - 6.5 1. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung - Nach- und Vorkalkulation
  - 6.6 3. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst (Straßenreinigungssatzung)
  - 6.7 3.vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr.19 "Industrie- und Gewerbegebiet Mafa" der Stadt Sangerhausen
  - 6.8 Veränderungssperre zur 3.vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 " Industrie- und Gewerbegebiet MAFA" der Stadt Sangerhausen
  - 6.9 Elektromobilität: Vertrag über die Einrichtung und den Betrieb von Ladeeinrichtungen in Sangerhausen
  - 6.10 Digitaler Versand der Ratsunterlagen
- 7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
  - 7.1 Hintergrundinformationen zu den Konzepten Shared Spaces und Citta slow / Slow City
  - 7.2 Umsetzungsbericht zu Ratsbeschluss 6-40/18  
„Rahmenverträge für Bauhofleistungen " *(wird nachgereicht)*
  - 7.3 Information über eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bewilligung einer überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 9.185,09 €
- 8. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung**
  - 8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz *(ohne Beschlussvorlage)*
  - 8.2 Sicherung der Zuwendung für die Sanierung des Waldbades im Ortsteil Grillenberg
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

## 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende des Stadtrates, Herr Arndt Kemesies, eröffnet die 42. Stadtratssitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, sachkundigen Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

**Beschlussfähigkeit:** Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 23 Stadträte sind anwesend.

**Öffentlichkeit:** Die TOP 1. - 7.3, 8.2. und 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.  
Die TOP 8. - 8.1 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

## 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

*Herr Kemesies:*

**Die Verwaltung schlägt folgende Änderungen und eine Erweiterung der Tagesordnung vor.**

- Der **TOP 7.2**

**Umsetzungsbericht zu Ratsbeschluss 6-40/18  
„Rahmenverträge für Bauhofleistungen“**

wird zurückgezogen und auf die nächste Sitzung vertagt.  
Nachfolgende Punkte verschieben sich entsprechend.

- Um folgende Angelegenheiten im **öffentlichen Teil** wird die **Tagesordnung erweitert**

**TOP 6.11 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zum Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages**

**TOP 6.12 Verzicht auf Einlegen von Rechtsmitteln zum Zuwendungsbescheid vom 23.11.2018 für das Vorhaben Erweiterung des Gewerbegebietes "An der Wasserschluft"**

*Die Beschlussvorlagen wurden vor der Sitzung verteilt.*

**TOP 8.2 Sicherung der Zuwendung für die Sanierung des Waldbades im Ortsteil Grillenberg**

ist im **öffentlichen Teil** der Sitzung unter **TOP 6.13** zu behandeln.

**Abstimmung über die geänderte Tagesordnung**

Ja-Stimmen = 23  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

### **3. Genehmigung von Niederschriften**

#### **3.1 Genehmigung der Niederschrift der 40. Ratssitzung vom 27.09.2018**

##### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

#### **3.2 Genehmigung der Niederschrift der 41. Ratssitzung vom 08.11.2018**

*Frau Liesong* bittet den Oberbürgermeister, zu den Kosten für die Kylische Straße (Vertrag mit der VGS), im nächsten OB-Bericht Stellung zu nehmen.

*Herr Hüttel* beantragt, die Niederschrift auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Niederschrift wird abgesetzt.

### **4. Bericht des Oberbürgermeisters**

*Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 14.12.2018 zugeschickt.*

*Herr Strauß* sagt, dass gestern per Fax vom Landkreis die Genehmigung des Haushalts 2019 eingegangen ist. Weiterhin geht Herr Strauß auf das Treffen der Fraktionsvorsitzenden und des OB mit den Vertretern der Landesregierung, Herrn Schröder (Finanzminister) und Herrn Dr. Ude (Staatssekretär Wirtschaftsministerium), der Landrätin und Frau Ulrich von der SMG ein. Dabei ging es um die Zukunft des IPM. Seitens des Landes wurde versichert, dass man daran festhält. Gemeinsam soll das Projekt weiter fortgeführt werden. Zu Beginn des Jahres wird es ein weiteres Treffen geben. In regelmäßigen Abständen möchte Herr Strauß darüber berichten.

#### **17:12 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

##### **Anfrage des Bürgers Alexander Dobert**

*Herr Dobert* sagt, dass die EU über das Programm „WiFi for Europe“ 15.000,00 € Fördermittel für den Ausbau des städtischen WLAN-Netzes bietet. Man muss dazu einen Online-Antrag ausfüllen. Ein Angebot muss zunächst nicht eingereicht werden. Herr Dobert möchte wissen, ob es möglich wäre, sich an diesem Ausschreibungsprozess zu beteiligen.

Weiterhin spricht Herr Dobert den Zustand der Alban-Hess-Straße an. Dort befinden sich Schlaglöcher. Eine Frau ist am Morgen dort hingefallen und hat Herrn Dobert daraufhin gebeten, dass dies im Stadtrat angesprochen werden solle. Der Bauhof soll dort eine Überprüfung durchführen.

Zuletzt sagt er, dass er einen Brief vom OB erhalten hat, in dem er über seine Informationsrechte als sachkundiger Einwohner hingewiesen wurde. Dort führte Herr Strauß aus, dass das KVG nicht hergibt, dass er entsprechende Informationsrechte habe. Aus § 49 (3) KVG ergibt sich, dass er Rechte aus § 30 - 35 KVG hat. Im § 32 KVG steht, dass ein sachkundiger Einwohner seinen Pflichten verantwortungsbewusst nachgehen muss. Um entsprechende Sachurteile zu fällen, ist es erforderlich, dass er nötige Informationen bekommt. Dabei muss er sich an die Verwaltung wenden. *Herr Dobert* fragt, wie die Informationsrechte für

die Räte und sachkundigen Einwohner in Zukunft gehandhabt werden. Das Informationszugangsgesetz des Landes ist als Grundlage auch richtig, jedoch hat Herr Dobert an Herrn Strauß dazu eine Brief geschrieben. Nach Rücksprache mit dem Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zahlt das Land an die Kommunen im Jahr 200,00 €, wodurch Informationsanfragen ausgeführt werden können. Bei Mehrbedarfen übernimmt das Land bei entsprechenden Einzelnachweisen auch diese Kosten. Wie wird die weitere Handhabung im Stadtrat sein? Dies ist entscheidend für die zukünftige Arbeit des Stadtrates.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* sagt, dass in der Stadt Sangerhausen ein kostenfreies WLAN vorgehalten wird und dies stetig verbessert und ausgebaut werden soll. Er bedankt sich bei Herrn Hüttel und bei Herrn Dobert, dass sie ständig versuchen, Gewerbetreibende dafür zu begeistern. Die Förderung hat jedoch einen Haken: laufende Kosten und der Betrieb sind nicht Bestandteil dieser. Aufgrund der Haushaltskonsolidierungsbemühungen, keine zusätzlichen dauerhaften Verpflichtungen einzugehen, ist eine Beteiligung an dem Wettbewerb für das Förderungsprogramm nicht vorgesehen.

### **Nachfrage des Bürgers Alexander Dobert**

*Herr Dobert* fragt, ob er es richtig versteht, dass Herr Strauß das WLAN-Netz nicht weiter ausbauen möchte.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* sagt, dass er lediglich nicht vorhat, sich an dem Förderprogramm zu beteiligen. Weiterhin verfügt die Stadt über ein WLAN-Netz, welches gefördert wurde. Dieses soll weiter ausgebaut, gefördert und unterstützt werden. Weiterhin geht er auf die Frage zu den Schlaglöchern in der Alban-Hess-Straße ein. Dies konnte man dem OB-Bericht entnehmen. Der Fußweg gegenüber des Mehrgenerationenhaus wurde in Angriff genommen und befindet sich in einem hervorragenden Zustand. Nichts desto trotz gibt es in Sangerhausen und in den Ortschaften weiterhin viele nicht zufrieden stellende Fußwege. Der Zustand der Straße wird sich nochmal genauer angesehen. Es wird der Stadt leider nicht möglich sein, alle Gehwege und Straßen in einen guten Zustand zu versetzen. Auf die Frage zu den Informationsrechten antwortet Herr Strauß wie folgt: Anlass dieses Schreibens war, dass Herr Dobert Akteneinsicht in einen Vergabevorgang innerhalb der Stadtverwaltung begehrt hat, diese jedoch nicht gewährt werden kann. In diesem Schreiben wurde die Rechtsauffassung der Stadt ausführlich dargelegt. Ein sachkundiger Einwohner ist kein Stadtrat. Die Wahl am 26. Mai muss abgewartet werden. Man kann mit einer teleologischen Auslegung über Heranziehung von grundgesetzlichen Normen und vergleichender Betrachtung mit Bundestagsabgeordneten so ziemlich alles erklären. Dies führt jedoch nicht dazu, dass sich die rechtliche Auffassung der Stadt verändert. Zukünftig wird die Handhabung auch weiterhin der Kommunalverfassung entsprechen. Damit hat sich ein Antwortschreiben auf das letzte Schreiben erledigt.

### **Nachfrage des Bürgers Alexander Dobert**

*Herr Dobert* fragt, wie er seine Aufgabe als sachkundiger Einwohner verantwortungsbewusst ausführen soll, wenn ihm nötige Informationen dazu fehlen.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* bittet, dies mit seiner Fraktion oder mit ihm persönlich zu besprechen. Er sagt, dass Herr Dobert Mitglied im Wirtschafts - und Tourismusausschuss ist, welcher als beratender Ausschuss gilt. Die Aufgabe ist es, mit der vorhandenen Sachkenntnis, beratend tätig zu werden. Einsicht in Vergabeunterlagen zu einer Straßenbaumaßnahme lässt sich darunter nicht subsumieren.

#### **Anfrage der Bürgerin Sandra Biedermann**

*Frau Biedermann* sagt, dass sie bereits am 08.11. eine Anfrage zum Thema „Alarmierung der Feuerwehr Horla bei Stromausfall“ gestellt habe. Leider hat sie in der vorgeschriebenen Zeit von 14 Tagen keine Antwort erhalten. Nach 20 Tagen hat die Presse nachgefragt und Frau Biedermann erfuhr, dass die Antwort einen Tag später rausgehen sollte. Persönlich hat sie keine Antwort erhalten, nur in den Ortschaftsunterlagen lag ein Zettel mit der Anfragenbeantwortung. Frau Biedermann erwartet, dass der Bürger innerhalb von 14 Tagen eine persönliche Antwort erhält.

#### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* sagt, dass er ihr in der Sitzung am 08.11 eine Beantwortung zugesichert hat. Diese ist auch am 28.11 erfolgt.

#### **Antwort der Bürgerin Sandra Biedermann**

*Frau Biedermann* sagt, dass die Hauptsatzung etwas anderes verlangt. Eine Zwischeninformation zum Bearbeitungsstand könnte man auch erwarten. Die Form der Antwort ist nicht in Ordnung. Die Frage sollte konkret an den Bürger gehen. Der Bürger sollte bei eventuellen Rückfragen auch eine Telefonnummer erhalten.  
*Frau Biedermann* fragt, ob es sich bei ihrer Anfragenbeantwortung um die Standardform handelt.

#### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* sagt, dass es keine Standardform gibt, sondern die Anfragen individuell nach dem Informationsbedürfnis beantwortet werden.

#### **Anfrage der Bürgerin Sandra Biedermann**

*Frau Biedermann* sagt, dass das Problem der Alarmierung bei Stromausfall im Jahr 2019 geklärt werden soll, in dem es eventuell Pieper gibt. Sie bittet Herrn Strauß, ihr bei einer Entscheidung eine Information zukommen zu lassen.

#### **Antwort der Bürgerin Sandra Biedermann**

*Herr Strauß* sagt, dass man den Ortschaftsrat und die örtliche Wehrleitung darüber informieren werden.

**17:27 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

## **5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

### **Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM - Fraktion**

*Frau Liesong* bittet um einen freundlicheren, gepflegteren Umgang miteinander.

### **Anfrage der Stadträtin Frau KümmeI, Fraktion DIE LINKE.**

*Frau KümmeI* sagt, dass die Informationen aus dem Treffen zum Thema IPM nichts Neues sind. Sie bittet Herrn Strauß, Druck aufzubauen und in der nächsten Stadtratssitzung ein konkretes Beispiel zu bringen, wie sich alles entwickeln soll.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* sagt, dass dies in der nächsten Sitzung noch nicht erfolgen wird, da es noch keinen konkreten Termin zu einem neuen Treffen gibt. Im Jahr 2019 wird das Thema 2019 jedoch nicht zu Ende gebracht. Es ist wichtig, dass man über mehrere Stellen hinweg arbeitet. *Herr Strauß* wird den Rat über die künftigen Schritte informieren.

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion**

*Herr Peche* schließt sich seiner Vorrednerin an. Es sind noch viele Wege zu gehen, um erste Schritte machen zu können. Wenn der Stadtrat Druck ausübt, kann man etwas erreichen. Die Stadt Sangerhausen ist noch immer Vorzugsstandort. In der Vermarktung ist die Stadt jedoch nicht mehr an erster Stelle. Dieser Weg muss wieder kommen.

Weiterhin geht er auf den Knöllchenstreit ein. Mit seiner Äußerung, dass dies kleinkariert und engstirnig ist, hat er nicht die Mitarbeiter gemeint, sondern dass die Stadt nicht einlenkt und keinen Gesprächsbedarf hat. Der Bürger ist immer der Wichtigste.

*Herr Peche* spricht Herrn Michael an, da dieser nach dem Ratsstammtisch der CDU den Glauben nach außen gebracht hat, dass es eine Liste der Vereine auf der Internetseite der Stadtverwaltung gäbe. Eine vollständige Vereinsliste hat Herr Peche jedoch nicht finden können.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice, Herrn Michael**

*Herr Michael* sagt, dass man die Liste kurzfristig rausgenommen habe, da in der Vereinsliste Daten enthalten sind, die man nicht veröffentlichen darf.

Die Vereinsliste ist noch nicht vollständig und wird im Moment von der Verwaltung ergänzt.

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr Hüttel* sagt, dass das WLAN-Netz ein sog. „Mitmachnetz“ ist. Es geht darum, Geld für zusätzliche Router zu akquirieren. Im nächsten Wirtschaftsausschuss sollte darüber nochmal gesprochen werden, um der Verwaltung einen Vorschlag zu unterbreiten, bei dem man Geld bekommt.

Beim Ratsstammtisch hat man von Herrn Michael erfahren, dass die Veranstaltung für das Ehrenamt ausfallen soll. Er fragt, warum solche Einzelentscheidungen getroffen werden, ohne das man vorher mit dem Rat spricht. Er kritisiert Herrn Strauß bezüglich seiner Aussage, dass es sich hierbei um Wahlkampf handle.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* sagt, dass es ihm dabei um eine Veröffentlichung von Herrn Hüttel bei Facebook ging. Der Tag des Ehrenamtes ist schon immer eine Veranstaltung der Verwaltung. Die Kritik, dass man dies vorher mit dem Rat hätte diskutieren können, nimmt Herr Strauß sich an. Seit dem letzten Tag des Ehrenamtes, gab es seitens des Stadtrates keinen einzigen Vorschlag, wen man ehren könnte. Das Thema war erst einen Tag vor dem Tag des Ehrenamtes präsent. Inzwischen ist es Herrn Strauß gelungen, zwei zusätzliche Sponsoren zu gewinnen, sodass im nächsten Jahr definitiv eine Ehrung vorgenommen werden kann. Das Ehrenamt hat für Herrn Strauß einen hohen Stellenwert und die Aussage, dass er das Ehrenamt nicht schätzt, ist unzutreffend.

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr Hüttel* sagt, dass er ein Vertreter ist, der gerne im Theater Eisleben Mitglied werden würde. Er fragt, ob über die Kosten dafür schon gesprochen wurde.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* hat das Thema nicht angesprochen. Die Stadt Sangerhausen finanziert das Theater über die Kreisumlage teilweise mit, genau wie die Stadt Eisleben das Rosarium in der Form mitfinanziert. Thema des Gesprächs war, dass das Theater Eisleben die Verantwortung darin sieht, im gesamten Landkreis ein kulturelles Angebot zu unterbreiten. Auch die Stadt Sangerhausen hat mit der Bühne im Rosarium und dem Glashaus dafür tolle Möglichkeiten. Dies soll zusammengeführt werden. Zum einen soll es Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche geben, zum anderen aber auch für Erwachsene.

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr Hüttel* sagt, dass in der Rathausgasse 6 seit über einem halben Jahr ein Stück vom Fallrohr fehlt. An dem Fallrohr befindet sich ein offenes defektes Kellerfenster. In den Regentagen fließt das Wasser direkt in den Keller des Hauses. Die Verwaltung hat gesagt, dass sie nicht zuständig sind. Das Haus hat eine große Bedeutung. *Herr Hüttel* möchte wissen, wie die Verwaltung weiterhin mit dem Problem verfährt.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* sagt, dass das Problem bekannt ist. An dem Gebäude gibt es mehrere Probleme, u.a. ein offenes Dach mit der Taubenproblematik. An einem fremden Gebäude darf man nicht einfach ein Fallrohr austauschen. Mit dem Eigentümer und dem Verwalter des Gebäudes befindet sich die Stadt in Kontakt und fordert diesen auch auf, die Gefahr zu beseitigen. Die Stadt kann dies nicht tun.

### **Anfrage der Stadträtin Frau Stahlhacke, CDU - Fraktion**

*Frau Stahlhacke* geht auf das Thema Tag des Ehrenamtes ein. Sie fand es nicht gut, dass sie den Ausfall der Veranstaltung in der Zeitung lesen musste. Die Veranstaltung sollte weitergeführt werden und den Stadträten mitgeteilt werden, in welcher Form das passieren soll. Gerade bei knappen Kassen ist das Ehrenamt umso wichtiger.

## **Anfragen des Stadtrates Herrn Koch, fraktionslos**

*Herr Koch* sagt, dass er es gut findet, dass Herr Strauß die Kritik zum Umgang mit dem Ehrenamt aufgenommen hat, dass man bei solchen sensiblen Themen den Rat informieren sollte. Mit dem letzten Satz in dem Post von Herr Strauß bei Facebook hat er „Gift in die Atmosphäre gestreut“. Weiterhin geht Herr Koch auf die Einwohnerfragestunde der letzten Sitzung ein. Dort hat Frau Biedermann eine Anfrage gestellt und auch gefragt, wann sie mit einer Antwort rechnen kann. Daraufhin ist Herr Koch zu ihr gegangen und hat gesagt, dass laut Geschäftsordnung sie innerhalb von 14 Tagen eine Antwort erhalten muss. Die Kritik, die sie in der heutigen Einwohnerfragestunde ausgeübt hat, ist demnach berechtigt. Die Frist ist bindend. Die Form gleicht einer Aktennotiz. *Herr Koch* wird schriftlich beantragen, ihm alle gestellten Anfragen im Rahmen einer Einwohnerfragestunde im Stadtrat ( der jetzigen Legislatur) mit Datum der Anfrage und Datum der Beantwortung der Anfrage, allen Räten zukommen zu lassen.

### **6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

#### **6.1 Berufung des Ortswehrleiters und des stellv. Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Wettelrode innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit**

Begründung: Herr Michael

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Der Ortschaftsrat Wettelrode stimmte der Beschlussvorlage zu.**

#### **Beschlusstext**

*Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 13.12.2018 Herr Marko Manhardt zum Wehrleiter und Herr Benjamin Rost zum stellvertretenden Wehrleiter der Ortsfeuerwehr Wettelrode für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen wird.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

*Herr Strauß* ernennt Herrn Marko Manhardt zum Ortswehrleiter und Herrn Benjamin Rost zum stellvertretenden Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Wettelrode, jeweils für den Zeitraum von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit, nachdem diese den Amtseid gesprochen haben. Er händigt die Ernennungsurkunden aus. Herr Kemesies und Herr Michael schließen sich den Glückwünschen an.

17:55 Uhr Herr Prause geht = 23

**Pause von 17:56 bis 18:15 Uhr**

## **6.2 Durchführung einer Bürgerbefragung zur Einführung des Ortschaftsrechts in der Kernstadt Sangerhausen**

18:44 Uhr Herr Scholz geht = 22

18:52 Uhr Herr Peche und  
Herr Reick gehen= 20

Begründung: Herr Oster

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Peche, stellv. Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 -Ja Stimmen, 6- Nein Stimmen und 1 Stimmenthaltung ab.

*Herr Schmidt* sagt, dass jeder Ortsteil seine Geschichte hat. Früher waren dies Gemeinderäte. Bis 2004 hatten diese in ihren Orten ein Budget. Riestedt hat größtenteils ordentliche Straßen sowie eine Turnhalle. Auch andere Ortsteile haben in dieser Zeit viel geschaffen, jedoch haben sie heutzutage kaum noch Möglichkeiten. Das schlimmste, was den Ortsteilen genommen wurde, war ihre Eigenständigkeit. Es wurde eine Kommunalreform eingeführt mit dem Ziel, die Verwaltung zu verschlanken. Die Ortsteile haben die Ortschaftsräte um die Hälfte verringert. Im Zuge der Eingliederungsverträge wurde den Ortschaften viel versprochen. Heute haben die Ortsbürgermeister und Ortschaftsräte kaum noch eine Entscheidungsbefugnis. Wenn sich die Ortsbürgermeister nicht kümmern würden und laut werden sowie die Öffentlichkeit mit einbeziehen, würde kaum noch etwas passieren. *Herr Schmidt* empfiehlt jedem, ein Viertel Jahr als Ortsbürgermeister zu arbeiten, um die Vielseitigkeit der Aufgaben zu sehen. In den Ortsteilen wird vieles durch ehrenamtliche Arbeit geleistet. In der Beschlussvorlage ist nicht die Rede von Verschlinkung, sondern von Aufblähung. Zur Zeit gibt es 36 Stadträte und 83 Ortschaftsräte. In Zukunft gäbe es dann noch 57 Ortschaftsräte in den 3 Ortsteilen der Kernstadt, also 176 Räte insgesamt. Wenn das Land Sachsen-Anhalt oder Deutschland dies erfährt, wären diese geschockt. Vergleichsweise dazu sitzen im Landtag 87 Abgeordnete. Weiterhin müsse man die Kosten betrachten. 3 Stadtteilbürgermeister würden 18.000 Euro kosten. Die 57 Ortschaftsräte bekämen Sitzungsgeld i.H.v. 35 Euro pro Person. Bei 8 Sitzungen würde dies 15.960 Euro kosten. Ein Budget für die Einwohner der Stadt Sangerhausen i.H.v. 28.974 Euro dürfe man nicht außer Acht lassen. Die Gesamtkosten würden also 73.908 Euro betragen. In der letzten Stadtratsitzung wurde gesagt, dass es zu viel Personal gibt. Bei den 3 Stadtteilbürgermeistern würde jedoch noch weiteres Personal dazukommen.

*Herr Schmidt* möchte, dass die Beschlussvorlage zurückgezogen wird. Alles soll so bleiben, wie es ist.

*Herr Oster* sagt, dass er *Herr Schmidt*s Analyse so unterschreiben könnte, jedoch die Schlussfolgerung falsch ist. Die Entscheidung, die Hauptsatzung danach auszurichten, wurde bereits am 08.11.18 getroffen. Die Finanzen dürfen beim Thema Demokratie nicht im Vordergrund stehen. Bei der Vorlage geht es darum, dass man die Bürger befragt und nicht, ob der Rat das möchte oder nicht. Wenn alles so kommt, dann möchte man lieber die

Rückendeckung des Bürgers. Der Rat hat sich in der letzten Sitzung bereits dazu positioniert. Den Ratsbeschluss gilt es hierbei nur zu untermauern.

*Herr Peche* weist Herrn Oster daraufhin, dass der Rat keinen Beschluss gefasst hat, Ortschaftsräte zu bilden. Herr Peche zitiert den Beschlusstext des Beschlusses 13-41/18. Ziel soll es sein, die Hauptsatzung zu überarbeiten und dann will man gemeinsam darüber diskutieren. Die Aussagen von Herrn Schmidt kann man zu 100 % unterschreiben, aber genau deswegen braucht man mehr Demokratie. Die Kommunalverfassung gibt mehr Möglichkeiten, andere Wege zu gehen und Demokratie lebendiger zu gestalten. Man sollte darüber nachdenken, wie in den nächsten Jahren damit umgegangen wird. Es sollen mehr Demokratie und mehr Unternehmungen erreicht werden. In den Ortschaften ist so viel möglich, wie z.B. beim Alemania Riestedt. Dort gehen viele zu Spielen. In Sangerhausen gehen kaum noch Leute zu Fußballspielen. Niemand kann sich mehr richtig mit der Stadt auseinandersetzen und kaum noch jemand steht zu dieser. Man sollte nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Es steht noch gar nicht fest, ob Ortschaftsräte gebildet werden sollen oder nicht. Erst sollte man den Beschluss umsetzen und dann in den Ausschüssen darüber diskutiert werden. Wenn dann der Entschluss feststeht, eine Wahl durchzuführen, sollten die Bürger hinreichend informiert werden. *Herr Peche* bittet den Einbringer, die Beschlussvorlage zurückzuziehen.

*Herr Koch* sagt, dass die schlechte Finanzausstattung Schuld für die mangelnde Mitbestimmung bis hin in die Ortsteile ist. Die Vorlage soll keine Entscheidung herbeiführen, sondern die Bürger befragen. Wenn die Vorlage abgelehnt wird, ist dies ein sehr schlechtes Signal in die Öffentlichkeit. Der Rat will in dem Sinne keine Mitbestimmung. Bis zu der Bürgerbefragung müssen die Antragsteller, die Befürworter und Gegner in die Öffentlichkeit gehen und ihre Argumente austauschen. Wenn die Befragung ergeben hat, dass man die Kernstadt Sangerhausen in Ortschaften aufgliedern und sich anschließend durch einen Ortsvorsteher vertreten lassen will, kann der Rat daraufhin seine Beratungen hinsichtlich der Änderung der Hauptsatzung führen und den Beschluss fassen. *Herr Koch* appelliert, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

*Herr Hüttel* sagt, dass es nur darum geht, die Bürger zu befragen. Den Aussagen von Herrn Schmidt stimmt Herr Hüttel zu. Ein Ortsteil steht und fällt mit einem guten Ortsbürgermeister - dies ist in Riestedt der Fall. In Sangerhausen erfährt man im Stadtrat oftmals nicht, wie es in Sangerhausen aussieht. Die letzten Stadtbegehungen gab es mit Herrn Kupfernegel. Zur Vorlage, die in der letzten Sitzung beschlossen wurde, gibt es nun eine Erweiterung, nämlich die Bürgerbefragung.

*Frau Stahlhacke* findet die Vorlage gut. Sie fragt, ob dieses Thema die Bürger bewegt oder ob es noch andere, brisantere Themen gibt. Weiterhin möchte sie wissen, wie die Bürgerbefragung konkret ablaufen soll und wie man den Bürger dazu bewegen will, die Fragen zu beantworten.

*Herr Strauß* sagt, dass in der Vorlage der Vorschlag enthalten ist, die Befragung parallel mit der Kommunal- und Europawahl am 26. Mai zu machen. Die betroffenen Bürger der Kernstadt Sangerhausen werden darüber informiert und zusätzlich zu den Stimmzetteln bekommen diese einen weiteren Zettel mit den Fragen der Bürgerbefragung. Dies wird auch mit den Briefwahlunterlagen zugesandt. Die Zettel werden dann, genau wie die Wahlergebnisse, ausgezählt. Die Information erfolgt im Stadtrat und wird in den Sangerhäuser Nachrichten veröffentlicht.

*Herr Milde* gibt Herrn Peche formal recht. Der Rat hat in der letzten Sitzung beschlossen, dass die Verwaltung beauftragt wird, eine Vorlage zu erarbeiten. Dieselbe Mehrheit, die den OB

beauftragt hat, die Vorlage zu erarbeiten, möchte diese auch beschließen. Das Anliegen der FDP ist, den Bürgern die Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

*Herr von Dehn-Rotfelser* stimmt Herrn Milde zu und unterstützt die Vorlage der FDP, eine Bürgerbefragung durchzuführen. Wenn man über das Thema Demokratie spricht, kann man sich die Ausschusssitzungen und Ratssitzungen ansehen und sieht, wie die Resonanz der Bürger ist. Von der Kernstadt sind es immer beträchtlich wenig Bürger. Wenn in Riestedt oder anderen Ortschaften eine Ortschaftsratssitzung stattfindet, die mit einer öffentlichen Einwohnerfragestunde mit dem OB ist, sind dort über 30 Leute. Betrachtet man nun also die Verhältniszahlen der Einwohner der Ortschaften, zu denen der Kernstadt, steht dies in keinem Verhältnis. Demokratie kann man nicht auf Grundlage eines Beschlusses leben, sondern in dem man dem Bürger sagt, dass er in entsprechende Ausschüsse und Ratssitzungen gehen soll. *Herr von Dehn-Rotfelser* würde der Beschlussvorlage zustimmen.

*Frau Kümmel* äußert ihre Bedenken, dass man im Amtsblatt mitteilen solle, dass neben den Wahlen eine Bürgerbefragung der Kernstadt stattfindet. Der Bürger kann, muss aber nicht an dieser Befragung teilnehmen. *Frau Kümmel* sagt, dass man den Bürger nur fragen sollte, ob er dafür ist, die Kernstadt Sangerhausen in Ortschaften aufzugliedern und sich anschließend durch einen Ortsvorsteher vertreten zu lassen.

*Herr von Dehn-Rotfelser* stellt den Antrag, dass nur die erste Frage dem Bürger vorgelegt wird.

*Herr Oster* sagt, dass die FDP-Fraktion als Einbringer dies übernimmt.

*Herr Strauß* gibt den Hinweis, dass man die erste und zweite Frage zusammennimmt.

*Herr Oster* stimmt dem zu.

*Herr Strauß* sagt, dass der Einbringer, die von ihm eingebrachte Vorlage auf eine Frage ändert. Diese Frage lautet: Sind Sie dafür, die Kernstadt Sangerhausen in Ortschaften aufzugliedern und sich anschließend durch einen Ortsvorsteher vertreten zu lassen?

*Frau Stahlhacke* stellt einen Antrag auf 1. Lesung.

Der Antrag wurde mit einer großen Mehrheit abgelehnt.

## **Beschlusstext**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Durchführung einer Bürgerbefragung zur Einführung des Ortschaftsrechts in der Kernstadt Sangerhausen und der Vertretung durch Ortsvorsteher oder Ortschaftsräte. Die Befragung findet im schriftlichen Verfahren in der Zeit vom 06. Mai 2019 bis 26. Mai 2019 statt. Das Abstimmungsergebnis wird nachfolgend öffentlich über das Amtsblatt bekannt gemacht. Die Bürgerbefragung hat folgende eindeutig mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage zum Gegenstand:*

*Sind Sie dafür, die Kernstadt Sangerhausen in Ortschaften aufzugliedern und sich anschließend durch einen Ortsvorsteher vertreten zu lassen?*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	12
Nein-Stimmen	=	5
Stimmenenthaltungen	=	3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.3 3. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Herr Oster

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss behandelte die Beschlussvorlage in 1. Lesung.

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, stellv. Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss sagte, dass dies eine Anregung für die nächste Wahlperiode sein und entsprechend behandelt werden sollte.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 2 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich zu.

#### **Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

**3 Ortschaftsräte stimmten zu** (Grillenberg, Lengefeld, Wippra)

**1 Ortschaftsrat stimmte zu, unter der Prämisse, dass im § 16 (4) der Hauptsatzung das Wort „grundsätzlich“ gestrichen wird.** (Oberröblingen)

**1 Ortschaftsrat stimmte zu, unter der Prämisse, dass im Beschlusstext die Ortschaftsräte eingefügt werden.** ( Gonna)

**4 Ortschaftsräte lehnten die vorliegende Fassung ab.** (Riestedt,Obersdorf, Rotha,Wettelrode)

**1 Ortschaftsrat enthielt sich.** (Wolfsberg)

**4 Ortschaftsräte stimmten nicht ab.** (Großleinungen, Horla, Morungen, Breitenbach)

Die Liste des Abstimmungsergebnisses aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

*Herr Koch* findet die Zielrichtung gut. Er empfand es seit Jahren als unangenehm, dass Bürger, die zur Versammlung kamen, keine Fragen stellen durften zu Themen, die auf der Tagesordnung standen. Es gab eine bestimmte Absicht des Gesetzgebers, dass die Mitglieder der Gremien ungestört und unbeeinflusst beraten konnten. Herr Koch äußert die Befürchtung, dass mit dem 2. Satz zu Absatz 4 juristisch etwas gegen läuft. Das Wort „auch“ müsste dort eingefügt werden.

*Herr Hüttel* sagt, dass es lediglich darum ginge, ob die Bürger zusätzliche Fragen zum Thema stellen können.

*Herr Strauß* findet die Vorlage gut. Problematisch ist jedoch, dass dieser Vorschlag zu einem ungünstigen Zeitpunkt kommt. *Herr Strauß* schlägt vor, dass dies seitens der Verwaltung im Entwurf der neuen Hauptsatzung, die in der nächsten Legislatur erneuert wird, berücksichtigt wird, sodass der Stadtrat darüber entscheiden kann. Bis dahin wird man eine vernünftige Lösung finden, den Bürgern ihre Fragen zu beantworten. Er appelliert an den Einbringer, die Vorlage zurückzuziehen. Die Verwaltung wird dies in der nächsten zu beschließenden Hauptsatzung einfließen lassen.

*Herr von Dehn-Rotfelser* geht mit dem Vorschlag zeitlich auch nicht mit. Er könnte sich vorstellen, dass man den Einwohnern zu Sachfragen zu der Tagesordnung in den Ausschüssen ein Fragerecht zustellen könnte. Macht man dies dann nochmal im Stadtrat, werden die Sitzungen vermutlich am Folgetag fortgeführt werden müssen. Es gibt nicht viele Einwohner, die Sachfragen zu den Themen der Tagesordnung haben. In 10 Jahren Amtszeit von Herrn von Dehn-Rotfelser ist es einmal vorgekommen, dass ein Einwohner eine Frage zu einem Thema auf der Tagesordnung stellen wollte. Er plädiert dafür, dieses Thema mit dem nächsten Stadtrat zu diskutieren und die Handhabe festzulegen.

*Herr Schmidt* sagt, dass jeder Bürger das Recht hat, Ausschüsse und Ratssitzungen zu besuchen. Das Volk wählt in regelmäßigen Abständen eine Volksvertretung - in dem Fall den Stadtrat und den Ortschaftsrat. Der Wähler schenkt den Räten sein Vertrauen und gibt den Auftrag, Politik für diesen auszuüben. Dementsprechend muss ein Bürger nicht immer zu Sitzungen kommen, da die Räte seine Interessen wahrnehmen und vertreten müssen. Ziel sollte es sein, eine geradlinige Politik zu machen. *Herr Schmidt* zählt einige Beispiele auf, bei denen das Vertrauen der Bürger missbraucht wird. Er sagt, dass alles beim Alten bleiben soll.

*Frau Stahlhacke* sagt, dass sie die Vorlage gut findet. Sie fragt, ob es richtig ist, dass der Bürger „grundsätzlich“ eine Frage hat und dies bedeutet, dass man nur eine Frage hat. Weiterhin denkt sie, dass das Rederecht der Bürger die Attraktivität der Ratssitzungen erhöht. Die Vorlage könnte man auch für sofort beschließen.

*Herr Koch* sagt, dass man heute über die Vorlage entscheiden solle. Der nächste Rat kann die Geschäftsordnung und die Hauptsatzung wieder ändern.

*Herr Oster* möchte den Vorschlag von Frau Stahlhacke, das Wort „grundsätzlich“ zu streichen sowie den Vorschlag von Herrn Koch „zugelassen werden Fragen auch zu Beratungsgegenständen“ übernehmen. Analog gilt dies auch für die Ortschaftsräte. Die Vorlage bietet die Möglichkeit, das Fragerecht in den nächsten Sitzungen bis zur nächsten Legislatur zu erproben. Dem Bürger soll somit die höchstmögliche Form der Beteiligung ermöglicht werden. *Herr Oster* beantragt, die Rednerliste zu schließen und darüber abzustimmen.

*Herr Kemesies* lässt über den Antrag abstimmen. Der Antrag ist mehrheitlich beschlossen und die Rednerliste wird geschlossen. *Herr Kemesies* erteilt Herr Strauß das letzte Wort.

*Herr Strauß* sagt, dass die Kommunalaufsicht 2 Monate Zeit hat, die Hauptsatzung zu genehmigen. Demnach kann erst im März mit Bürgerfragen gerechnet werden. Inhaltlich findet Herr Strauß einige Diskrepanzen. Das Wort „grundsätzlich“ gilt als Weichmacher, dies bedeutet, man kann eine Frage stellen, aber auch mehr. Bürger können Fragen zu verschiedenen Beratungsgegenständen haben, jedoch wird ihnen somit nur die Möglichkeit eingeräumt, eine Frage zu stellen. Weiterhin kritisiert er das Wort „auch“. Dies bedeutet, dass man alles fragen kann, auch, was in die Zuständigkeit der Stadt fällt. Mit den Änderungen hat man eine Fehler gemacht.

*Herr Kemesies* sagt, dass die Änderungen eingebracht sind und weist daraufhin, dass darüber nun abzustimmen ist. Die Rednerliste ist geschlossen.

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	7
Nein-Stimmen	=	8
Stimmenenthaltungen	=	5

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt.

#### **6.4 1. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den Ortsteil Grillenberg der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Herr Michael

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 - Ja Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 - Ja Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 - Ja Stimmen und

1 Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

**Der Ortschaftsrat Grillenberg stimmte der Beschlussvorlage zu.**

*Herr Kinne* sagt, dass im Finanzausschuss die Frage gestellt wurde, ob die Jugendlichen im Jugendwaldheim bezahlen müssen. Gemäß § 3 ( 2 ): „Ortsfremde Personen, die im Erholungsgebiet in einem Arbeits - oder Ausbildungsverhältnis stehen ( dazu zählen die Jugendlichen im Jugendwaldheim)...“ Diese brauchen nicht bezahlen.

**Beschlusstext**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage befindliche 1. Änderung zur Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den OT Grillenberg der Stadt Sangerhausen.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** 01.01.2019

**6.5 1. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung - Nach- und Vorkalkulation**

19:35 Uhr Herr Kinne geht = 19

Begründung: Herr Strauß

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Beschlusstext**

*Der Stadtrat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührennachkalkulation der Straßenreinigungsgebühr für die Jahre 2015-2017 zur Kenntnis und beschließt die als Anlage 3 beigefügte dreijährige Gebührevorkalkulation für die Jahre 2019-2021 sowie die 1. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung.*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 19  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** 01.01.2019

19:41 Uhr Herr Kinne zurück = 20

### **6.6 3. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst (Straßenreinigungssatzung)**

Begründung: Herr Strauß

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 - Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 - Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Beschlusstext**

*Die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Sangerhausen beschließen die 3. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und Winterdienst (Straßenreinigungssatzung).  
Die Änderungen treten sofort nach der Veröffentlichung in Kraft.*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 20  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Veröffentlichung

### **6.7 3.vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr.19 "Industrie- und Gewerbegebiet Mafa" der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Herr Strauß

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Beschlusstext**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung und Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und Nachbargemeinden der 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr.19 "Industrie-und Gewerbegebiet Mafa" der Stadt Sangerhausen.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	20
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

**6.8 Veränderungssperre zur 3.vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 " Industrie- und Gewerbegebiet MAFA" der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Herr Strauß

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 - Ja Stimmen einstimmig zu.

**Beschlusstext**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Satzung für eine Veränderungssperre für die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 " Gewerbe-und Industriegebiet MAFA" der Stadt Sangerhausen zur Sicherung des*

*Planungsziels, im gesamten Geltungsbereich die Zulässigkeit von Freiflächenphotovoltaikanlagen auszuschließen.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 20  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.9 Elektromobilität: Vertrag über die Einrichtung und den Betrieb von Ladeeinrichtungen in Sangerhausen**

Begründung: Herr Strauß

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 - Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, stellv. Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 - Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 - Ja Stimmen einstimmig zu.

*Herr Koch* fragt, ob das Errichten und die daraus entstehenden Kosten Auswirkungen auf den Strompreis für die Nutzer des Stromes von den Stadtwerken haben.

*Herr Strauß* sagt, dass wenn überhaupt, dies ein winziger Bereich wäre. In jedem Fall ist es keine merkliche Belastung der Stadtwerke Sangerhausen, die sich nicht annähernd in den Strompreisen widerspiegeln lässt. Derzeit gibt es sehr gute Förderbedingungen für die Errichtung der Ladesäulen und den Ausbau der Infrastruktur, die von den Stadtwerken genutzt wird.

*Herr Windolph* sagt, dass die Stadtwerke eine Förderung beantragt und auch erhalten haben. Natürlich versuchen die Stadtwerke den Strom dort zu verkaufen, wie viele Fahrzeuge dort tatsächlich stehen, ist eine andere Geschichte. Blindstrom wird dort auch entstehen.

## **Beschlusstext**

*Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss eines "Öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Errichtung und den Betrieb von Ladeeinrichtungen in Sangerhausen" mit den Stadtwerken Sangerhausen. Über die Umsetzung des Vertrages erfolgt eine jährliche Information des Stadtrates auf Basis der im Vertrag verankerten Berichtspflicht der Stadtwerke.*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 20  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **6.10 Digitaler Versand der Ratsunterlagen**

Begründung: Herr Hüttel

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 - Ja Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 - Ja Stimmen einstimmig zu.

## **Beschlusstext**

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Beschlussvorlage zur Änderung des Versands der Ratsunterlagen auf freiwilliger Basis, für die Mitglieder des Stadtrates, der Ortschaftsräte sowie der sachkundigen Einwohner/-innen der Stadt Sangerhausen bis zur übernächsten Sitzung des Stadtrates zu erarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen. Ziel dieser Änderung soll sein:*

- 1. dass, durch den elektronischen Versand der Ratspost, die Kosten für Druck, Papier, personeller Aufwand und Versand reduziert werden;*
- 2. eine rechtsgültige Grundlage für den Beschluss zu erarbeiten.*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 19  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.11 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zum Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages**

Begründung: Herr Michael

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 - Ja Stimmen einstimmig zu.

*Herr Milde* sagt, dass aus der Beschlussvorlage die Länge des Nutzungsvertrages nicht hervorgeht. Lediglich aus dem Text zur Begründung ergibt sich eine Länge von mind. 15 Jahren, aber eine Obergrenze von 25 bis 30 Jahre steht nicht drin.

*Herr Michael* sagt, dass die 15 Jahre beschrieben werden und danach sind Verträge so gestaltet, dass sie von beiden Seiten kündbar sind. Dieser Vertrag wird das auch haben.

*Herr Strauß* sagt, dass er als Einbringer die 15 Jahre in den Beschlusstext übernimmt. Der Beschlusstext lautet wie folgt: „Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages (15 Jahre) mit dem Sportverein SV Alemania Riestedt e. V. für das Sportgebäude einschließlich der zugehörigen Sportanlagen.“

#### **Beschlusstext**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages (15 Jahre) mit dem Sportverein SV Alemania Riestedt e. V. für das Sportgebäude einschließlich der zugehörigen Sportanlagen.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	20
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.12 Verzicht auf Einlegen von Rechtsmitteln zum Zuwendungsbescheid vom 23.11.2018 für das Vorhaben Erweiterung des Gewerbegebietes "An der Wasserschluff"**

Begründung: Herr Strauß

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 - Ja Stimmen und

2 Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

*Herr Hüttel* fragt, ob es möglicherweise einen neuen Bescheid für 2019 gibt. Er zitiert einige Absätze des Bescheids.

*Herr Strauß* sagt, dass es keinen neuen Zuwendungsbescheid geben wird. Nichts desto trotz wird die Stadt versuchen, die Voraussetzungen für die Auszahlung zu erfüllen, d.h. es wird zeitnah ein Bauantrag bei der Bauordnungsbehörde beim Landkreis gestellt. Herr Strauß geht davon aus, dass der Antrag zeitnah positiv beschieden wird. Damit soll die Auszahlung beantragt werden. Weiterhin denkt er, dass die Stadt gute Chancen hat, unabhängig von den angegebenen Haushaltsjahr, eine Auszahlung im Jahr 2019 hinzubekommen.

*Herr Windolph* sagt, dass der Bescheid eine übliche Formalie ist, der bei allen Behörden im Wesentlichen der gleiche ist. Lediglich die Nebenbestimmung, dass die umverlegte Straße aus der Wasserschluft herausführt und nördlich zur Tankstelle geht, soll vom ALF bestätigt werden. Die andere Seite ist, dass die Hamsterzuchtstation geprüft werden soll. Dies ist durch den Landesbetrieb prüfbar, jedoch wissen die genauso wenig, wie eine Hamsterzuchtstation aussehen muss, wie die Stadt. Die Folgekosten muss man nochmal prüfen. Ob man letztendlich sagt, dass die Stadt das Geld will oder nicht - die Verpflichtung, die Hamsterzuchtstation zu bauen, wurde eingegangen. Die Chance besteht jetzt, für die Verpflichtung einen Zuschuss zu erhalten.

*Herr Oster* sagt, dass als Beginn der Maßnahme der 01. März 2016 definiert ist, jedoch geht er davon aus, dass danach mit der Maßnahme begonnen wurde. Ansonsten wäre ein Widerruf möglich.

*Herr Strauß* sagt, dass der vorzeitige Maßnahmebeginn zum 01. März 2016 damals genehmigt wurde. Danach wurde begonnen.

*Frau Kümmels* sagt, dass sich auf der Fläche mindestens 2 produzierende Gewerbe ansiedeln sollten. Sie fragt, ob dies jetzt Bestandteil ist, denn so war damals der Antrag zur Bewilligung der Fördermittel. Davon ist jetzt keine Rede. Sie bekundet ihre Bedenken, dass das der Stadt auf die Füße fallen könnte.

*Herr Strauß* sagt, dass der Investitionsbank mehrere Absichtserklärungen von Unternehmen vorgelegt wurden. Dies genügt der Investitionsbank offenkundig, um die Forderungen zu gewähren. Das schlimmste, was passieren kann, wenn der Bescheid angenommen wird ist, dass die Stadt 1,2 Mio. Euro bekommt und wenn man etwas findet, das Geld zurückgezahlt werden muss. Die Verpflichtung, die Hamsterzuchtstation zu bauen, resultiert aus der Baugenehmigung für die Halle von Herrn von Nathusius. Erfüllt man das nicht, kann der Kreis mit Ersatzvornahme drohen.

*Herr Hüttel* sagt, dass es die Diskussion um die Baugenehmigung damals in Verbindung mit den Fördermitteln gab. Sonst hätte sich die Stadt das gar nicht selbst leisten können. Man müsse nochmal darüber nachdenken, ob das viele Geld ausgegeben werden muss oder nicht. Das Thema Hamsteraufzuchtstation sollte nochmal aufgegriffen werden.

*Herr Koch* sagt, dass er seine Probleme mit dem Punkt 9.1 hat. Es wurde schon so viel Geld ausgegeben - das Geld sollte man jetzt auch nehmen. Er glaubt nicht, dass das Land und die Investitionsbank der Stadt schaden will.

*Frau Kümmel* möchte darauf hinweisen, dass für den IPM die Hamsteraufzuchtstation, die hierfür gebaut wird, nicht verwendet werden darf.

### **Beschlusstext**

*Der Stadtrat beschließt kein Rechtsmittel gegen den Zuwendungsbescheid für die Förderung der Erschließung des Gewerbegebietes Erweiterung der Wasserschluft einzulegen.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 19  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 11-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.13 Sicherung der Zuwendung für die Sanierung des Waldbades im Ortsteil Grillenberg**

Begründung: Herr Strauß

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Kemesies, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 - Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 - Ja Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 - Ja Stimmen einstimmig zu.

*Herr Mildes* sagt, dass er die dingliche Sicherung auf dem Grundstück versteht. In der Vorlage steht, dass die Zuwendung an den Verein gegangen ist. Dies macht nur dann Sinn, wenn der Waldbadverein der alleinige persönliche Schuldner ist. Die Stadt braucht, wenn sie persönliche Verpflichtungen eingeht, keine dingliche Sicherung.

*Herr Strauß* sagt, dass es eine Forderung des Fördermittelgebers ist.

*Herr Milde* möchte wissen, wer persönlicher Schuldner der Forderung der Investitionsbank ist. Es macht nur Sinn, wenn der Verein der persönliche Schuldner ist.

*Herr Strauß* sagt, dass der Fördermittelempfänger der Waldbadverein Grillenberg e.V. ist. Die Stadt hat keine Bürgschaft übernommen.

## Beschlusstext

*Der Stadtrat beauftragt und bevollmachtet den Oberbürgermeister unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB zur grundbuchlichen Sicherung der Fördermittel in Höhe von 240.302,47 € aus dem Förderprogramm LEADER für die Sanierung des Waldbades im OT Grillenberg - u.a Schwimmbeckensanierung.*

*Er stimmt der Eintragung einer vollstreckbaren Buchgrundschuld in Höhe von 240.302,47 € nebst 15 % Zinsen an rangbereiter Stelle zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, vertreten durch das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten, auf den städtischen Flurstücken 572/363, 365/1, 366 bis 373 der Flur 2, Gemarkung Grillenberg, zur Gesamthaft zu.*

*Der Beschluss wird nur wirksam, insofern gem. § 109 KVG LSA die Ausnahmegenehmigung durch die Kommunalaufsicht des Landkreis Mansfeld-Südharz erteilt wird.*

## Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 12-42/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## 7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

### 7.1 Hintergrundinformationen zu den Konzepten Shared Spaces und Citta slow / Slow City

*Herr Hüttel* findet die Vorlage unverständlich und stellt den Antrag, diese auf die nächste Sitzung zu vertagen.

*Herr Kemesies* sagt, dass es sich hierbei um eine Informationsvorlage auf Grundlage des Ratsstammtisches handelt. Dort wurde über die Möglichkeiten der neuen Verkehrsführung gesprochen. Um die Diskussion nicht einschlafen zu lassen, soll hiermit daran erinnert werden, dass man das weiter verfolgt und an verschiedenen Stellen Verkehrsveränderungen durchführen könnte. Dies basiert auf Erfahrungen, die andere Städte gemacht haben.

*Herr Hüttel* bittet um eine Information, was die SDP/DIE GRÜNEN damit erreichen wollen.

*Frau Block* sagt, dass die Vorlage von Herrn Jung erarbeitet wurde. Dieser wird sicher in der nächsten Sitzung dazu Stellung nehmen.

*Herr Oster* sagt, dass diese Begriffe gefallen sind, aber mehr auch nicht. Den Eindruck zu erwecken, dass dies eine tolle Sache wäre, konnte Herr Oster aus der Sitzung nicht schließen. Informationen im Vorfeld hätte sich Herr Oster gewünscht.

## **7.2 Information über eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Bewilligung einer überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 9.185,09 €**

*Frau Stahlhacke* fragt, ob es für diese Entscheidung eine Prüfung vom Rechnungsprüfungsamt geben wird.

*Herr Strauß* sagt, dass dies nicht erfolgt, da es sich um keine Vergabeentscheidung handelt.

## **8. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung**

### **8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (ohne Beschlussvorlage)**

## **9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*Herr Kemesies* stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal. Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

Aus Anlass der letzten Sitzung des Stadtrates bedankt sich Herr Kemesies bei den Stadträten und der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit und wünscht allen eine schöne Adventszeit, ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für das Neue Jahr.

Um 20:36 Uhr beendet der stellv. Stadtratsvorsitzende Herr Kemesies die Sitzung.

Sabrina Klausner  
Protokollführerin

Arndt Kemesies  
stellv. Vorsitzender